

Anfrage zum Plenum des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD):

Ich frage die Staatsregierung, wie sie die Tatsache bewertet, dass die BEG auf der Bahnstrecke zwischen Ohlstadt und Oberau ab 15.12.2013 den Zug um 7:37 Uhr streichen wird, der bisher von 20 Schülerinnen und Schülern genutzt wird, um in die Mittelschule in Oberau zu gelangen, an der derzeit 34 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf unterrichtet werden, und diese 20 Schüler und Schülerinnen nun vierzig Minuten früher fahren müssen, was nicht nur das Problem einer starken zeitlichen Belastung der Kinder mit sich bringt, sondern auch das Problem der Beaufsichtigung, die durch Lehrer ausgeübt werden sollen, womit sich die weitere Frage stellt, ob die Lehrer diese Zeit auf ihr Stundenkontingent angerechnet bekommen und damit diese Stunden für den Unterricht fehlen?

Staatsminister Joachim Herrmann antwortet:

Der Freistaat bestellt durch die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG) ab 15.12.2013 für die neue Werdenfelsbahn ein wesentlich dichteres Fahrtenangebot als bisher. So fahren im Abschnitt Murnau - Ohlstadt zwischen 5 und 8 Uhr an Werktagen (Mo-Fr) künftig zwölf statt bisher acht Züge. Zur kompletten Umsetzung des Fahrplankonzepts waren zahlreiche Infrastrukturanpassungen zur Geschwindigkeitserhöhung erforderlich, u. a. im Bereich des Bahnhofes Ohlstadt. Nur in diesem Bereich können die Geschwindigkeitserhöhungen zum Start des neuen Fahrplans aufgrund von Einsprüchen (insbesondere der Gemeinde) nicht realisiert werden. Solange die Baumaßnahmen nicht erfolgt sind, hätte ein Halt des "7.37-Uhr-Zuges" Richtung Garmisch-Partenkirchen auf der eingleisigen Strecke erhebliche negative Auswirkungen auf Gegenzüge und das gesamte Fahrplangefüge. Davon wären die zahlreichen Pendler Richtung München deutlich stärker betroffen als die Richtung Oberau fahrenden Schüler (in den "7.37-Uhr-Zug" steigen in Ohlstadt aktuell zwischen zehn und zwanzig Personen ein).

Die DB Netz AG als Vorhabensträgerin hat gegenüber der Gemeinde, dem Verkehrsministerium und der BEG zugesagt, einen Kompromiss (leichte Verschiebung des Hausbahnsteiges) zu prüfen und dem Gemeinderat vorzustellen. Wenn dieser zustimmt, das Eisenbahn-Bundesamt keinen Neustart des Planfeststellungsverfahrens verlangt, das Baurecht rechtzeitig erteilt und

nicht beklagt wird, könnte der Bahnhof während einer ohnehin für das Frühjahr vorgesehenen Streckensperrung umgebaut werden. Die Staatsregierung begrüßt diesen Vorschlag der DB Netz AG und hofft, dass alle geschilderten Bedingungen eintreten, damit der "7.37-Uhr-Zug" und alle weiteren Regionalbahnen ab April 2014 in Ohlstadt halten können, so wie es im Fahrplankonzept der BEG vorgesehen ist.